

# Fehlende Lohngleichheit

---

## Firmen erhalten Bundesaufträge, obwohl sie Frauen weniger zahlen

**Bern** Jedes Jahr reissen sich Abertausende von Unternehmen um die rund 2000 grossen Beschaffungsaufträge, die der Bund vergibt. Die Firmen müssen dabei bestätigen, dass bei ihnen Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit gleich viel verdienen. Ohne eine solche Bestätigung erhalten sie kein Stückchen des Auftragskuchens. 2013 war dieser 5,2 Milliarden Franken gross.

Doch die eingeforderte Lohngleichheit herrscht vor allem auf dem Papier. Aus den Kontrollberichten des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros für Mann und Frau (EBG) geht hervor, dass weibliche Angestellte in rund zwei Dritteln der untersuchten Auftragsunternehmen diskriminiert werden. Zwischen 2006 und 2013 nahm das Gleichstellungsbüro im Auftrag des Bundes die Löhne von 28 Unternehmen unter die Lupe. Nur bei neun Unternehmen konnte keine Lohndiskriminierung festgestellt werden – ein Befund, den EBG-Direktorin Sylvie Durrer als ernüchternd bezeichnet. «Nur diese neun Unternehmen hielten sich an die Bundesverfassung wie an das Gleichstellungsgesetz und befolgen eine Lohnpraxis, die das Prinzip «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» respektiert», sagt Durrer. Bei der Untersuchung lag der Toleranzpuffer bei 5 Prozent – verdienen Frauen also bis zu 5 Prozent weniger, drückte das EBG ein Auge zu.

Aufgrund der Resultate beschloss der Bund im Mai 2013, die Gangart zu verschärfen. Ziel sind 30 bis 40 Kontrollen pro Jahr. Zum Vergleich: 2013 waren es nur gerade sieben. Für die Verantwortliche für Gleichstellungspolitik beim Schweizer Gewerkschaftsbund (SGB), Christina Werder, reicht das nicht. «Das ist schlicht inakzeptabel.» Es brauche Ressourcen, damit mindestens die Hälfte der Unternehmen kontrolliert werden könnte. Werder geht noch weiter. Sie fordert, dass gesetzliche Grundlagen für Kontrollen aller privaten und öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

## Wenn es so langsam weitergeht, muss man noch Jahrzehnte auf die Lohngleichheit warten

Handlungsbedarf sieht Werder auch bei der Toleranzschwelle. Statt 5 Prozent Lohndifferenz zu akzeptieren, müsse Nulltoleranz gelten. Und schliesslich brauche es härtere Sanktionen.

Werder ist frustriert: «Seit Jahrzehnten ist die Lohngleichheit im Gesetz verankert. Doch die Lohndiskriminierung verringert sich kaum, wie die Statistiken belegen.» Gehe es so langsam weiter, müsse man noch Jahrzehnte auf die Lohngleichheit warten.

Lohndiskriminierung führt auch zu einem volkswirtschaftlichen Schaden. Gemäss dem Bundesamt für Statistik macht der volkswirtschaftliche Diskriminierungseffekt in der Privatwirtschaft pro Jahr 7,7 Milliarden aus. Das heisst, Frauen und ihre Familien haben 7,7 Milliarden weniger zur Verfügung oder 1800 Franken im Monat.